

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus

Schalter-Stelle öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattpreis Nr. 6650-12

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Zeitungspreis: M. 3,50 monatlich, M. 11,40 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Traglohn. —
Bezugsstellen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der
Stadt; in Wiesbaden die dortigen Ausgabestellen; in den benachbarten Landorten u. im Rheingau die
betreffl. Tagblatt-Träger u. die Post. — In allen höheren Gewalt, Betriebsleitungen oder bereits
haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entfallenden Entgelts.



Anzeigen-Preis für die Zeile: M. 1.— für örtliche Anzeigen; M. 1.50 für auswärtige Anzeigen; M. 4.50
für 6-tägige Anzeigen; M. 6.50 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unvor-
änderter Anzeigen entsprechender Nachzahlung. — Anzeigen-Aussagen: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird
letzte Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Mittwoch, 5. Mai 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 210. 68. Jahrgang.

Der polnische Vorstoß in die Ukraine.

Die Polen haben es vorgezogen, die Verhandlungen mit der Sowjetregierung abbrechen zu lassen und an Stelle der in Aussicht genommenen russisch-polnischen Friedensverhandlungen erleben wir nun eine Offensive der Polen gegen die Bolschewiken. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die von den Polen verbündete Grenzpolizei sehr viel weniger mit der vorgeschobenen Banknotenabtempelung zu tun hatte als mit dem für die jetzt begonnene Offensive nötigen Aufmarsch der polnischen Truppen. Der Anmarsch erfolgte, den die Polen mit der Einnahme Kiew's er-
wartungen haben, beweist wieder, daß die bolschewistischen Heere durch einermachen disziplinierter und ausgeübtere Truppen zu überwinden sind. Ob die Polen wirklich in der Lage sein werden, diesen Erfolg weiter auszunutzen, bleibt abzuwarten. Es wäre sehr wohl denkbar, daß sie das Schicksal Polens, Penins, Judensichs und all der anderen anti-bolschewistischen Generale teilen, die nie ihre Erfolge verwerfen konnten, weil es ihnen an den dazu nötigen Kräften fehlte. In der Ukraine hatten die Bolschewiken schon seit längerer Zeit mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Landbevölkerung überdachte sich ihrer Herrschaft, ganz besonders bei der Verteilung von Lebensmitteln und so hatten die Bolschewiken hier durch die Bauernansprüche so erhebliche Schwierigkeiten, daß sie ihre Herrschaft mehr und mehr auf die Städte beschränkten. Nun kommen die Polen als angebliche Freunde der Ukrainer über die Ostsee und die Aufriktion des Regimes Westens unter polnischen Protektorat. Die Rolle, die Westens seit seiner Flucht vor Denikin nach Polen gespielt hat, ist etwas dunkel. Kennen der Verhältnisse verstanden über, das keine Zeit vorüber ist. Den Polen scheint es vor allem darauf anzukommen, in der Ukraine einen neuen mächtigen Bundesgenossen gegen Sowjetrußland zu finden. Die Versuche, die anderen Nachbarstaaten, wie Lettland oder Estland, in diese Rolle zu drängen sind bekanntlich gescheitert. Deshalb leben sich die Polen jetzt nach anderen Kräften um. Es ist dabei sehr wahr scheinlich, daß Frankreich, das in ein großes Interesse an einem möglichst starken Polen hat, die polnische Offensive unterstützt. Der polnisch-ukrainische Verbündeten wird man hoffentlich sorgfältig beobachten müssen. Sehr bald dürfte sich der ukrainische Bauer gegen seine neuen Helfer ebenso erheben, wie gegen die Herrschaft der Bolschewiken und es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Bolschewismus dann aus dem Vollenhaß des Landes noch Gewinn ziehen wird.

Die polnische Offensive.

Dz. Amsterdam, 4. Mai. Die „Times“ melden aus Warschau, daß laut Meldung des Generalkommandos seit Beginn der polnischen Offensive 25000 Gefangene gemacht und 105 Geschütze, 815 Maschinengewehre, 2 Panzerszüge, 2 Tanks und viel Kriegsmaterial erbeutet wurden.

Ein polnisch-ukrainisches Grenzabkommen.

Dz. Amsterdam, 4. Mai. Der „Telegraaf“ gibt eine Londoner Meldung wieder, wonach in Warschau zwischen Polen und der Ukraine ein Grenzabkommen beschlossen wurde. Im allgemeinen soll die neue Grenzlinie der alten. Am 5. Mai tritt die Ukraine eine große Fläche Landes mit 1 1/2 Millionen Polen ab und erhält dafür Ost-Galizien, und zwar einen Teil von Wolhynien.

Sowjet-Rußland und die Welt.

Dz. London, 4. Mai. Dem „Daily Herald“ wird aus Kopenhagen berichtet, daß die russische Handelsordnung beabsichtigt, wegen der Nichtbeantwortung ihres an die Konferenz von San Remo gerichteten Memorandums und wegen der hilflos bleibenden Unterstützung der polnischen und der japanischen Offensive durch die Alliierten nach Rußland zurückzukehren. Die Verhandlungen, von denen jetzt abhängt, seien dadurch gefährdet.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Br. Berlin, 5. Mai. (Via Drahtbericht.) Wie wir erfahren, besteht bei den Alliierten die Absicht, mit Berücksichtigung den Termin der Volksabstimmung in Oberschlesien festzusetzen, damit die dort jetzt bestehende höchst gefährliche Spannung beseitigt wird.

Die polnischen Wutpläne in Oberschlesien.

Dz. Berlin, 4. Mai. In der Angelegenheit der durch die Veröffentlichung geheimer Dokumente bereits bekannt gewordenen Wutplänen in Oberschlesien ist dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Opatow, General Le Rond, nun eine Note übergeben worden, in der es heißt:

Die deutsche Regierung glaubt nicht fehlzugehen in der Voraussetzung, daß es nach Bestimmung und Geist des Versailler Vertrages eine der wesentlichsten Aufgaben der interalliierten Kommission darstellt, eine gerechte, in Ruhe und Ordnung herbeiführende Abstimmung unparteiisch vorzubereiten und dabei vor allem jeden Versuch einer gewaltsamen Änderung der politischen Verhältnisse in Oberschlesien zu verhindern. Es bedarf wohl keiner Betonung, daß eine Kampfgarnison, wie es die durch die Dokumente angedeutete Organisation ist, mit diesen Grundfragen nicht im Einklang steht und demzufolge ihre Ziele nicht die Billigung der interalliierten Kommission finden können. Die deutsche Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, darum zu ersuchen, daß die interalliierte Kommission in Oberschlesien mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die aufrührerischen polnischen Organisationen in Oberschlesien, auch wenn diese nicht von der polnischen offiziellen Regierung, sondern von privaten patriotischen Verbänden geschaffen worden sind, auflöst und sämtliche damit in Verbindung getretenen Leute des Landes verweist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Personen gegen die Bestimmungen im Art. 88, Abs. 3, Abs. 5 des Friedensvertrages verstoßen haben und demzufolge der Ausweisung unterworfen sind.

Die deutsch-französische Wirtschaftskonferenz.

Br. Berlin, 5. Mai. (Via Drahtbericht.) Wie wir erfahren, wird die deutsch-französische Wirtschaftskonferenz voraussichtlich erst nach der Zusammenkunft in Spa, also voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Juni stattfinden. Die Vorbereitungen werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Auf französischer Seite scheint man noch nicht eingehend an die Ausfertigung des Programms herangegangen zu sein, da dort noch viele Unklarheiten über das ganze Problem herrschen. Dagegen bemüht sich der französische Handelsminister eifrig, die französischen wirtschaftlichen Kreise für die Konferenz mit Deutschland zu interessieren.

Br. Paris, 5. Mai. (Via Drahtbericht.) Die Pariser Blätter beschäftigen sich eingehend mit dem deutsch-französischen Wirtschaftsproblem. Der „Temps“ schreibt:

Entweder sind die Alliierten der Meinung, daß Deutschland in materieller Hinsicht wieder leistungsfähig gemacht werden kann, ohne daß es damit zu gleicher Zeit den Willen verliert, den Friedensvertrag zu erfüllen. In diesem Falle mühe man das Reich in den Stand zu setzen, sein Wirtschaftsleben zu organisieren und dann wird es auch größere Zahlungen leisten können, als es sich heute für fähig erklärt, oder aber man kommt zu der Ansicht, daß die gegenwärtige Institution des Reiches es verhindert, wieder zahlungsfähig zu werden, oder daß es aus Deutschland, sobald es sich wieder auferhebt, eine neue Gefahr für den europäischen Frieden machen würde. In diesem Falle wäre die Garantiefrage unlösbar und es wäre infolgedessen auch überflüssig, über die Höhe der deutschen Zahlungen zu diskutieren.

Das „Echo de Paris“ veröffentlicht einen Bericht seines Korrespondenten aus Mainz, der die Überdrehung trägt: Wir dürfen unter Schicksal nicht mit demjenigen des wirtschaftlichen Reichsname Deutschland verbinden. Dann heißt es wörtlich:

Wir sind im Besitz der deutschen Metallindustrie zu ruinieren und im Saargebiet alles aufzukäufen, was uns widersteht. Die deutschen Metallindustriellen können nur noch gewisse Erzeugnisse ausführen, auf die sie ein Monopol haben. Alles andere ist im Preis unerwünscht, sowohl für das Inland wie für den Ausland. Wenn die Deutschen sich in diesem wirtschaftlichen Kampf für geschlagen erklären, können wir ihnen einen ehrenvollen Frieden bewilligen, der aber keinesfalls unparteiisch sein darf.

Das Wiedergutmachungsproblem.

Br. Basel, 5. Mai. (Via Drahtbericht.) Der „Temps“ äußert Befriedigung darüber, daß die französische Presse in Erwartung der interalliierten Vorbereitungen in Spa lebhaft das Wiedergutmachungsproblem erörtert. Er behauptet, daß der endgültige Festlegung des Friedensvertrages nicht auch eine so freie Erörterung vorangehen konnte und meint, es sei vielleicht jetzt noch nicht zu spät, um dies zu leisten. Zur Klärung der gegenwärtigen Debatte mühe man verschiedene Formeln unterbreiten. Es gebe zwei Systeme: Das System der Erledigung in Sach und Bogen und das System der Erledigung nach der Vorklärung des Friedensvertrages. Das erste bedeute einen Handel, bei dem man sich ein bloc und ohne vorherige Abrechnung vertritt. Es gelte in diesem Falle ein für allemal die Summe festzusetzen, die Deutschland zahlen soll. Das sei nicht die Lösung, welche die französische Regierung einschlägt, weil diese im Gegenteil beabsichtigt, von Deutschland Jahresraten zu erhalten, die je nach der Vermehrung der deutschen Hilfsmittel erhöht werden müßten. Man könnte, so fährt der „Temps“ fort, auch eine Methode empfehlen, die darin besteht, jetzt die Summe festzusetzen, die Deutschland während einiger Jahre zu zahlen haben wird, und es dem Wiedergutmachungsausschuß überläßt, den Rest später zu bestimmen.

Poincaré's Ansicht.

Dz. Paris, 4. Mai. Expräsident Poincaré schreibt in einem Artikel im „Matin“ unter der Überschrift „Stumme Ruinen“ u. a.: Es scheint mir, daß man besser in Duzmuden, Hvern, Reims etc. Verbände eine Konferenz abhalten könne, die der Ausfertigung des Friedensvertrages dienlich sei, als in Spa. Poincaré erörtert die Frage, ob die Forderung der Schuld Deutschlands von Frankreich angenommen werden könne. Deutschland blinde sich wirtschaftlich in der kritischen Phase seiner Geschichte, würde sich aber wieder erholen, weil es bemerkenswerte Qualitäten der Arbeit und Disziplin habe, gleichzeitig auch starkes Nationalgefühl. Aber heute die Festhaltung der Übergangszeitungsstand angehängen zu einer Stunde, so Deutschland am niedrigsten steht, so es ihm gelinge, sich als früher erheben zu lassen, als es in Wirklichkeit sei, riskiere man da nicht, die Zukunft mit Risiko zu verkaufen oder zu verschenken, bevor die Arbeit getan ist? Wenn man heute die Pfiffe, die man Deutschland gewährt, um das Schicksal zur Deduktion seiner Schuld zu machen, verlängere, so bedeutet das wiederum eine Revolution. Es scheint mir möglich, sie ohne parlamentarische Genehmigung gutzuheißen. Deutschland habe den Alliierten eine Rindsumme von 100 Milliarden Goldmark versprochen, ohne größeren Reserven vorzulegen. Von diesen 100 Milliarden seien 60 Milliarden sofort fällig. Es sei daher erlaubt, erneut nach einer Zahlungsweise zu suchen. Man könne Deutschland durch Anleihen helfen, welche zu suchen und seine Schuld gegen Frankreich zu bezahlen, sowie auch seine Schulden bei den neutralen Staaten zu liquidieren. Frankreich wünsche ebenso wie seine Verbündeten, daß Deutschland sich wirtschaftlich wieder erhebe und es wünsche auch, wie Poincaré sagte, mit ihm wieder normale Beziehungen anzuknüpfen, aber dies nur unter der einen Bedingung, daß Deutschland an Frankreich bezahle, was es ihm schulde.

Die Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George.

W. T. A. Paris, 5. Mai. (Drahtbericht.) „Journal“ stellt fest, daß der Zeitpunkt der Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George, um über das Programm von Spa zu beraten, noch nicht festgesetzt ist. Auch wisse man nicht, wo die Zusammenkunft stattfinden solle.

Reichspräsident Ebert aus seiner Berufsorganisation ausgeschlossen.

Dz. Berlin, 4. Mai. Wie die „Freiheit“ mitteilt, wurde in der Generalversammlung der Sattler und Tapezierer in Berlin, von den etwa 200 Anwesenden gegen fünf Stimmen ein Antrag angenommen, den Reichspräsidenten Ebert auszuschließen wegen Unterzeichnung des Todesurteils gegen den Eisendreher Kopp. In dem Beschlusse heißt es: „Die Anwesenden können den Reichspräsidenten Ebert nicht mehr als Kollegen anerkennen, weil er entgegen allen sozialistischen Programmen, welche die Todesstrafe verwerfen, gehandelt hat.“

Auslieferung der Waffen für die Frankfurter Hilfspolizei an die Franzosen.

Dz. Frankfurt a. M., 5. Mai. (Drahtbericht.) Die französische Militärbehörde verlangte heute vom Polizeipräsidenten die Herausgabe der dort seit der Revolution für die Hilfspolizei aufbewahrten Waffen. Die Auslieferung erfolgte. Der Polizeipräsident Ebert stellte aber aus diesem Anlaß der Regierung sein Amt zur Verfügung.

Kommunistische Reichstagskandidaten für Hessen-Nassau.

Dz. Frankfurt a. M., 5. Mai. Die kommunistische Partei hat, wie aus Hanau gemeldet wird, für den Wahlkreis Hessen-Nassau nachstehende Kandidaten zur Reichstagswahl aufgestellt: Max Jettli (Stuttgart), Dr. Paul Levi (Frankfurt), Friedrich Schaeffgen (Hanau), Dr. Georg Wagner (Hanau), Felix Stiemer (Frankfurt), Robert Staehle (Hanau), Heinrich Heßberger (Hanau).

Emmanuel Baum 7.

Dz. Berlin, 4. Mai. Der unabhängige Abgeordnete und Statistiker Emmanuel Baum, der vom 11. November 1918 bis 15. Februar 1919 an der Spitze des Reichsrechnungsrates stand, ist gestern abend an den Folgen einer Operation gestorben.

Der neue sächsische Ministerpräsident.

Dz. Dresden, 4. Mai. Die Volkskammer wählte in ihrer heutigen Sitzung den sozialistischen Abgeordneten Stadtrat und in namentlicher Abstimmung mit 62 Stimmen zum Ministerpräsidenten. 12 Stimmen entfielen auf den Demokratischen Hofmann. Auf nahm dankend an und sprach die Hoffnung aus, bereits morgen der Kammer die neue Regierung, deren Verzicht ihm laut Grundgesetz obliegt, vorstellen zu können. Präsident Friedrich wurde dem namhafte aus dem Amt scheidenden Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer herzlich Worte des Dankes und der Anerkennung. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Erzberger kandidiert wieder.

Dz. München, 5. Mai. Der „Bayerische Kurier“ erfährt von zuverlässiger Seite, daß Erzberger entgegen allen arden Meldungen bei der Reichstagswahl in seiner schwäbischen Heimat wieder kandidieren werde.

Errichtung eines Bischofsstuhles in Berlin.

Br. München, 5. Mai. (Via Drahtbericht.) In den Verhandlungen über die Errichtung einer episcopalen Kurie in Berlin sind solche über die Errichtung eines Bischofsstuhles in der Reichshauptstadt hinzugekommen, weil nach allem Brauch eine Kurie nur an einem Bischofsstuhl sein soll. Zum Bischof von Berlin ist der Domkapitular Haas 021 Trier, Mitglied der Nationalversammlung, in Aussicht genommen. Er hat in München bereits mit dem Nuntius verhandelt.

Die Feslegung der ersten schleswigischen Zone.

Dz. Hensburg, 4. Mai. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß morgen zunächst die militärische Besetzung der ersten Zone nach Dänemark durchgeführt wird. Die Besetzung der Verwaltungsbehörden, über die in Hensburg die Verhandlungen fortgeführt werden, wird zwar ebenfalls begonnen, aber erst allmählich durchgeführt werden. Es ist den deutschen Vertretern gegenüber die Hoffnung ausgedrückt worden, daß sie im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens zwischen Deutschland und Dänemark geregelt wird, und den deutschen Vertretern ist vor den dänischen mitgeteilt worden, daß die dänische Regierung gewillt sei, die Verhandlungen mit den Vertretern der deutschen Regierung über den Abbruch des Beamtenabkommens weiterzuführen. Unter diesen Umständen erbielten die deutschen Verwaltungsbeamten der ersten Zone die Bestimmung, so lange auf ihrem Posten zu bleiben, bis sie besondere Weisung von dem zum Abwickelungsminister be-
reisten Vertreter der Reichsregierung erhalten.

Gegen die Internationalisierung der zweiten Zone.

Dz. Hensburg, 4. Mai. Nationalversammlung der Arbeiterschaft aus Schleswig-Holstein protestierte unter Hinweis auf das Abstimmungsresultat und unter Berufung auf den Versailler Vertrag gegen die Internationalisierung der zweiten Zone. In einer längeren Entschließung heißt es: Die aus Deutschen und Dänen bestehende sozialdemokratische Arbeiterschaft Nord-Schleswigs auf beiden Seiten der Grenze wird jedem, der es jetzt noch unternimmt, nationalen Haß, Völkerverhetzung oder gewalttätige Grenzverchiebung zu predigen, rücksichtslos und schonungslos entgegenzutreten. Jeder Versuch, hier einzeln internationalen Staat zu schaffen, wird mit allen Mitteln von allen Sozialdemokraten und der gesamten Arbeiterschaft bekämpft werden. Die, die es angeht, seien gewarnt. Zur Befreiung der Völker an der deutsch-dänischen Grenze von unnützer Qual und wirtschaftlicher Verelendung fordern wir vom Obersten Rat der Entente schnelle und endgültige Festlegung der neuen Grenze mit dem Rufe: Macht ein Ende! ein Ende!

Die Gefahr für Düsseldorf beseitigt.

Br. Düsseldorf, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Reichswehr und Sicherheitspolizei haben gestern abend die südlich von Düsseldorf wohnenden Gebiete...

Dz. Berlin, 4. Mai. Vom Reichswehrministerium ist gestern abend folgender Befehl an das Reichswehrcorpskommando 2...

1. Die Reichsregierung hat bestimmt, daß die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Gebiet südlich der Ruhr...

2. Die Herabsetzung der in der 50-Kilometer-Zone lebenden Reichswehrtruppen auf 20 Bataillone, 10 Eskadronen...

Ein Streikbrief gegen General v. Schmettow.

Pr. Breslau, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichsanwalt hat gegen den Oberbefehlshaber von Breslau, Generalleutnant v. Schmettow, einen Streikbrief wegen Hochverrats erlassen.

Die polnischen Reichstagswahlen in Westpreußen.

Dz. Bromberg, 4. Mai. (Deutsch-polnischer Pressendienst.) Das Ergebnis der Wahlen zum polnischen Reichstag, die am 2. Mai in den polnischen Westpreußen stattfanden...

Französische Einfuhrbeschränkungen.

Br. Basel, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Um ein weiteres Sinken des Wechselkurses zu vermeiden, hat die französische Regierung die Einfuhr weiterer Luxuswaren...

Der Streik in Frankreich.

W. T. B. Paris, 5. Mai. (Drahtbericht.) Marcel Cachin tritt den Behauptungen von dem Rückfallen des Eisenbahnstreiks in der 'Dumaine' entgegen. Mehr als 500.000 Arbeiter...

W. T. B. Paris, 5. Mai. (Drahtbericht.) Die der 'Ration' mittel, haben die nationalen Gewerkschaften der Douardier allen Arbeitern...

Die Kabinettskrise in Italien.

Br. Lugano, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die italienische Presse ist wegen eines Scheitlens des katholischen Kabinetts in der 'Dumaine' entzweit. Mehr als 500.000 Arbeiter...

Der Friede für Ungarn.

Dz. Budapest, 4. Mai. (Korr. Bur.) Es ist noch keine Entscheidung getroffen, ob die ungarische Friedensdelegation zum Unterzeichnen des Friedensvertrages nach Paris reist oder nicht.

Eine Tagesordnung Lodges für den Frieden.

W. T. B. Paris, 4. Mai. (Drahtbericht.) Nach einer 'Times'-Meldung aus Washington wird Senator Lodge morgen im Senat eine Resolution einbringen, durch die der Friede mit Deutschland und Österreich...

Die Übergabe Sakus.

W. T. B. Amsterdam, 5. Mai. (Drahtbericht.) Der Bericht über die Übergabe von Sakus in Konstantinopel meldet, daß Sakus nach kurzer Beschießung durch die Sowjettruppen...

Die Wirren in Mexiko.

Dz. Amsterdam, 3. Mai. Nach aus Washington eingehenden amtlichen Berichten rufen die Generale Carranza's diesem Ansehen eines provisorischen Präsidenten, den der alte Konarich ernennen soll...

Wiesbadener Nachrichten.

Evangelische Volksversammlung.

In Ahrar haben alle evangelischen Männer und Frauen über die neue Verfassung der Kirche zu entscheiden. Durch allgemeine, direkte und direkte Wahl wird ein verfassunggebendes Kirchenparlament geschaffen werden müssen.

... Ist wirklich ein Freirückgang zu erwarten? Der Verband deutscher Textilschäfte, Ursprünge Wiesbaden schreibt: Am Sonntag...

der neuen Preise für Futtermittel, Garne, Seide, Eisen, Schmiedewerkzeug und sonstige Futtermittel nachlassen können. Es ist also allen diesen Gruppen ein Einbuße...

Die Deutsche demokratische Partei, Wahlverein Wiesbaden, tritt mit der morgigen Donnerstagabend 8 Uhr im Saale des 'Kurvereins'...

Jahnsummenverträge. Im Januar d. J. wurden zahlreiche Familien, die Kriegsgewinn zu befragen haben, in große Aufregung versetzt durch einen Mann...

Ein Frühlingsfest im Paulinensaal. Wenn Künstler ein Fest arrangieren, so ist damit im voraus die Gewähr gegeben, daß sowohl der Rechner als auch das Publikum...

Ein Gewerkschaftsheim für Gelehrte und Künstler. In Bad Ems wird vornehmlich nach im Laufe dieses Sommers ein Gewerkschaftsheim für Gelehrte und Künstler...

Wescher Lektorenabend. In der Zeit von Samstag bis Sonntag, wobei Sonntag in der Nacht auf Montag, ist in einem Erdgeschoss...

Abwärtstrend. Folgendes Hochpreis wird der Abwärtstrend entgegen: Es wird daran erinnert, daß ein Pfund Reichsmarkelode...

Auszeichnung. Dem Kaufmann Wilhelm Niedemus, Weinländer, hier, wurde das Verdienstkreuz für Verdienste verliehen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Rheinisches Landestheater. Die nächsten Aufführungen des 'Faschall' sind für Donnerstag, den 20. Mai, und Freitag, den 21. Mai...

